



HESSISCHER LANDTAG

05. 06. 2019

ULA

Berichts Antrag

Fraktion der SPD

Grundwasserschutz in Hessen

In Hessen wird der überwiegende Teil des Trinkwassers aus Grundwasser gewonnen. Pestizide, Nitrat, Nitrit etc. verunreinigen unser Grundwasser. Zudem verändert der Klimawandel die Grundwasserneubildung. Unser Grundwasser bedarf, gerade zur Trinkwassergewinnung, eines besonderen Schutzes.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zum Grundwasserschutz?
Falls keine ergriffen werden sollen, warum nicht?
2. Welche Maßnahmen zum Grundwasserschutz müssen aus Vorsorgegründen zusätzlich getroffen werden?
3. Wie hoch ist die Konzentration von Schadstoffen in den einzelnen Einzugsbereichen?
4. In welchen hessischen Gebieten sind die Nitrat-Konzentrationen so hoch, dass die Trinkwasserversorgung nach der Trinkwasser-Verordnung gefährdet ist?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung diesbezüglich bzw. welche Maßnahmen hält sie für erforderlich?
6. Inwieweit ist das hessische Grundwasser durch weitere Stickstoffverbindungen belastet?
Durch welche Maßnahmen kann es davon befreit werden?
7. Wie hat sich die Grundwasserneubildung in Hessen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
8. Inwieweit wird die Grundwasserneubildung durch die klimatischen Veränderungen, aber auch die Landnutzung bzw. Versiegelung von Flächen beeinflusst?
9. Inwieweit ist das hessische Grundwasser durch Pflanzenschutzmittel und deren Abbauprodukte belastet?
10. Inwieweit können solche Schadstoffeinträge vermieden werden?
11. Inwieweit können Maßnahmen zur Reduzierung bereits eingetretener Verunreinigungen ergriffen werden?
12. Inwieweit sind weitere Überwachungen der benannten Schadstoffeinträge erforderlich?
Falls keine weitere Überwachung als erforderlich erachtet wird, warum nicht?
13. Inwieweit beeinträchtigen Arzneimittelrückstände die Grundwasserqualität?
 - a) Antibiotika,
 - b) Hormone,
 - c) sonstige Arzneimittel?
14. Inwieweit sind die Auswirkungen von Arzneimittelrückständen auf das Grundwasser erforscht?

15. Welche Maßnahmen erachtet die Landesregierung für erforderlich, um die Arzneimittelrückstände im Grundwasser zu reduzieren?
Wann gedenkt die Landesregierung diese Maßnahmen umzusetzen?
16. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um Mikroplastiken im Grundwasser zu reduzieren?
Wann gedenkt die Landesregierung diese Maßnahmen umzusetzen?
17. Inwieweit ist das Grundwasser in der Rheingrabenscholle mit anorganischen Wasserinhaltsstoffen belastet?
18. Durch welche Maßnahmen können mögliche Stoffkonzentrationen reduziert werden?
19. Wann wird die Landesregierung die abschließende Ausgestaltung des Landesverordnung bezüglich des § 13 DüV vorlegen und mit welchem Inhalt?
20. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um eine am Grundwasserschutz orientierte Landwirtschaft zu realisieren?
Falls keine Maßnahmen ergriffen werden sollen, warum nicht?
21. Inwieweit erfolgt eine kontinuierliche Untersuchung des Grundwassers auf PFC?
Falls keine kontinuierliche Untersuchung erfolgen sollte, warum nicht?
22. Inwieweit ist das aktuelle Messnetz für das Ergreifen gezielter Maßnahmen zum Grundwasserschutz angepasst bzw. ausgebaut?
Wenn dies nicht der Fall sein sollte, warum nicht?

Wiesbaden, 5. Juni 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
Thorsten Schäfer-Gümbel